



# Gewerkschaft der Polizei

## Landesbezirk Hessen

Wiesbaden, den 17.10.2008

## **Personaldefizit bei der hessischen Polizei erkannt – Reform der Bereitschaftspolizei kommt zur Unzeit !**

Wieder einmal wurde von den Fraktionen im hessischen Landtag erkannt, dass das Personaldefizit bei der hessischen Polizei dringend aufgefangen werden muss. Den Worten in den Medien und der Presse, die fast schon täglich zu vernehmen sind, müssen auch endlich Taten folgen. Bereits schon jetzt ist absehbar, dass die Einsatzlagen, beispielsweise beim Flughafenausbau in Frankfurt am Main, kräfteintensiver als geplant ablaufen werden.

**„Mit einer bereits schon jetzt reduzierten Bereitschaftspolizei, die zwischenzeitlich auf einem historischen Tiefstand in der personellen Ausstattung ist, können die Einsatzlagen nicht weitestgehend abgedeckt werden“, stellte der geschäftsführende Vorstand der GdP-Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei anlässlich seiner Sitzung am 16. Oktober 2008 in Nidda fest.**

Bedingt durch den bundesweiten Personalabbau bei den Länderpolizeien steigen die Unterstützungseinsätze der hessischen Bereitschaftspolizei kontinuierlich an. Das beabsichtigte Reformvorhaben, die Bereitschaftspolizei als Personalreserve für die verfehlte Personalpolitik bei der hessischen Polizei der zurückliegenden Jahre herzunehmen, ist gescheitert. Die Basisdienststellen des polizeilichen Einzeldienstes sind personell an der Schmerzgrenze angekommen. Quer durch das Hessenland sind in den Dienstgruppen die Mindestwachstärken nicht die Ausnahme – sondern vielmehr die Regel. Von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann keine Rede mehr sein!

Wenn nunmehr die strategische Entscheidung im Innenausschuss fallen sollte, den Personalbestand der Bereitschaftspolizei auf einem historischen Tiefstand festzuschreiben, werden zusätzlich zum Tagesgeschäft weitere Aufgaben auf die hessische Polizei zukommen.

Die Ausdünnung der Bereitschaftspolizei wird den polizeilichen Einzeldienst einholen und über Gebühr in Anspruch nehmen. Bei diesen Einsatzlagen werden auch keine Beamtinnen und Beamten, die aus der Verlängerung der Wochenarbeitszeit so schön errechnet wurden, zum Einsatz kommen.

Die GdP fordert die politisch Verantwortlichen auf, derzeit keinen Abbau der Bereitschaftspolizei bis zur Konsolidierung der Hessischen Landesregierung und dem „Flughafenausbau“ zu betreiben.